

**VBE Südbaden Der Landesbezirkvorsitzende**

Dr. Christoph Wolk 79114 Freiburg Tel. 0761 – 87906 [Christoph.Wolk@vbe-bw.de](mailto:Christoph.Wolk@vbe-bw.de)

Dienstort: Realschule Breisach

## VBE Südbaden: Milliarden erforderlich für gute Bildung

Eine große Partei wirbt zur Bundestagswahl mit dem Slogan „Bildung darf nichts kosten.“ Dieses Statement bekomme vor dem Hintergrund der Schulwirklichkeit in Baden-Württemberg eine völlig neue Bedeutung. Denn: Es sind keine guten Vorzeichen, unter denen das neue Schuljahr 2017/18 steht. Zu wenige Lehrkräfte stehen einem Schüleranstieg gegenüber, den der Verband Bildung und Erziehung (VBE) bereits seit einigen Jahren prognostiziert hatte. In einer Pressekonferenz am 1. September in Freiburg geißelte Dr. Christoph Wolk, Vorsitzender des VBE Landesbezirks Südbaden, dass den Landesregierungen seit 2011 bis heute nichts Besseres einfiel, als Lehrerstellen abzubauen, obwohl in den Schulen neue pädagogische Gedanken umgesetzt werden sollen. „Wer soll dies tun, wenn nicht das Personal?“, fragt Wolk. Individuelles Lernen mit 30 Schülern pro Klasse ist eine

genauso große Herausforderung für Lehrkräfte wie das gleichzeitige Unterrichten von zwei Klassen, weil Krankheitsvertretungen fehlen. Dazu komme in diesem Jahr als Besonderheit, dass gerade in Grundschulen kaum Neueinsteiger zur Verfügung stehen, da von den Ausbildungsstätten durch Verlängerung des Studiums keine Abgänger zu erwarten sind. Umgekehrt stoßen auch die Hochschulen an Kapazitätsgrenzen und müssen Studierwillige aus Platzmangel abweisen. Somit ist die Landesregierung darauf angewiesen, die vorhandenen Lücken in der Lehrerversorgung anderweitig aufzufüllen: durch Gymnasiallehrer in den Grundschulen, durch Wissenschaftler ohne pädagogisches Studium oder durch „Nichterfüller“, die zwar neigungsmäßig gerne unterrichten, aber die erforderliche Lehrbefähigung nicht nachweisen können. Das Werben bei den Pensionären um eine Verlängerung ihrer Einsatzzeit findet dort auch nur begrenzte Resonanz. Unterrichten ist neben all den anderen Erziehungsaufgaben, die Schule heute leisten soll und muss, schwer geworden.



*Besprechung vor der Pressekonferenz in Freiburg vlnr: Josef Klein, Dr. Christoph Wolk, Sonja Dannenberger*

Der VBE Südbaden stellt fest, dass ein Parteiengezänk um hundert oder tausend Lehrerstellen mehr oder weniger nur ein Schaulaufen darstellt. Allein um eine nennenswerte Krankheitsreserve zu installieren, brauche es 6000 Lehrkräfte mehr. Aber dann fehlt immer noch eine Grundversorgung von Lehrkräften mit der Lehrbefähigung, die für die entsprechende Schulart ausgebildet ist. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion mit ständiger Doppelbesetzung in der jeweiligen Klasse fehlen die Lehrkräfte. Kultusminister Eisenmann hat deshalb zu Recht die Qualitätsfrage aufgeworfen. Sie hat erkannt, dass es noch viel zu tun und zu investieren gibt, um Baden-Württemberg tatsächlich in die Spitzengruppe der Bundesländer zurückzuführen. Es braucht Zehntausende von Lehrkräften mehr, es braucht Investitionen in Schulen und Ausstattungen. Und SPD-Frontmann Martin Schulz sollte darauf

hinwirken, dass seine Wahlkampfaussage umgesetzt wird, dass er mit dem zusätzlichen Einsatz von 12 Milliarden Euro Deutschland wenigstens ins Mittelmaß der Bildungsausgaben der OECD-Länder führen will. Dr. Christoph Wolk: „Wer angesichts sprudelnder Steuereinnahmen vor solchen Investitionen zurückschreckt, verwirkt das Recht, von guter Bildung oder Qualitätssicherung zu sprechen.“

Die Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern thematisierte Vorstandsmitglied Sonja Dannenberger. „Eine gute Bildung muss im Interesse der ganzen Gesellschaft liegen, deshalb ist es unumgänglich, dass alle Ebenen (Bund, Land, Kommunen) in die Bildung investieren“, stellte Sonja Dannenberger unmissverständlich fest. Im Wesentlichen blockiere die CDU das Fließen milliardenschwerer Gelder unter dem Hinweis darauf, dass der Bund keine Einflussmöglichkeiten auf die Länderpolitik habe. So verständlich die Argumentation sei, der Bund könne dennoch durch Investitions-Programme auf modernere Schulgebäude oder bessere Ausstattungen hinwirken, indem er die Kommunen bei den Investitionen unterstützt. Der Sanierungsstau betrage bei Schulen bundesweit geschätzte 34 Milliarden. Beziehe man die Hochschulen ein, dann ergäbe sich der doppelte Betrag. Solche Beträge fallen deshalb an, weil Bildung in unserer Gesellschaft jahrzehntelang kein Thema war und sich dadurch ein Investitionsstau ergeben hat. „Diese erforderlichen Milliarden“, so Dannenberger, „sind kein Geschenk an die Schulen sondern dringende Notwendigkeit. Wir bilden heute die Schüler aus, die im weiteren Verlauf dieses Jahrhunderts die Gesellschaft tragen sollen.“

Die Ergebnisse der jüngsten Bertelsmann-Studie im Elementarbereich war für die baden-württembergische Landesregierung Balsam für die Seele. Josef Klein, ebenfalls Vorstandsmitglied im VBE Südbaden, stellte fest, dass Baden-Württemberg durch zahlreiche Investitionen in die Kindergärten diesen Titel zwar zurecht verdient, dass man sich aber nicht darauf ausruhen dürfe, auf recht niedrigem Niveau der Beste zu sein. So stellt die Studie ebenso fest, dass bundesweit 107 200 Fachkräfte fehlen, deren Einstellung weitere 5 Milliarden Euro kosten würde. Ohne attraktivere Rahmenbedingungen für das Kita-Personal werde es allerdings schwer, dem steigenden Fachkräftebedarf nachzukommen. Eine Diskussion um eine bessere Bezahlung sollte daher nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Fachkräftegewinnung geführt werden, sondern auch mit Blick auf die notwendige Wertschätzung für das vorhandene Personal. Klein: „Wenn man weiß, dass ein Viertel der KiTa-Kinder im Elternhaus kein Deutsch sprechen, so biete das alleine schon einen Anhaltspunkt für die notwendige Förderung in Sprache und Kultur unseres Landes. Für uns ist maßgebend, dass sich Eltern flächendeckend auf einen angemessenen Qualitätsstandard verlassen können und es darf dabei keinen wesentlichen Unterschied machen, in welchem Bundesland oder in welcher Kommune sie wohnen. Diese Arbeit müsse in den Grundschulen fortgesetzt werden können. Dazu benötigen die Schulen Baden-Württembergs weitere Deputatsstunden. Wegen der Wichtigkeit dieser Grundlagenarbeit für alle anderen Schularten fordert der VBE auch für Grundschullehrkräfte eine Anhebung des Grundgehältes auf A 13.“





*Am Dienstag, den 5. September, traf sich der Chefredakteur des Schwarzwälder Boten in Oberndorf, Hansjörg Schreijäg (li.) mit den Vertretern des VBE Südbaden, Marianne Markwardt, Christoph Wolk und Josef Klein. Hier wurden ähnliche Themen wie in Freiburg angesprochen, die in zwei Veröffentlichungen im Schwarzwälder Boten am 6. September mündeten.*

---

*Der VBE ist die Vertretung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen, sowie an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Er vertritt landesweit mit über 17 000 Mitgliedern die Interessen von 80 000 Lehrkräften an diesen Schularten. In Südbaden sind davon über 5000 im VBE organisiert.*

---